



NEUE GEMEINDE

www.gvbgld.at

info



**Kocevar zum neuen Vorsitzenden des GVV Österreich gewählt:
„Anteil der Kommunen am Finanzausgleich muss steigen“ S. 6,7**

Schulstandorte: Mehr Planungssicherheit für Gemeinden durch Wiedereinführung verbindlicher Mindestschülerzahlen S. 3

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen ein frohes und besinnliches Osterfest!

Entbürokratisierung nimmt Fahrt auf: Lenkungsausschuss legt über 100 Vorschläge vor, Verfahren sollen praxistauglicher werden Seite 5

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Staffelübergabe!

Sehr geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister!
Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Mit den Menschen und für die Menschen politisch zu arbeiten ist bereits seit 26 Jahren, davon 291 Monate bzw. mehr als 24 Jahre als Bürgermeister von Neutal, mein Herzensanliegen. Mit gleich großem Engagement darf ich im Auftrag von uns GemeindevertreterInnen durch drei Direktwahlen seit 23. Februar 2013 unsere kommunale Interessensvertretung führen. Mit euren zuletzt 100 % der Stimmen im Rücken tue ich das weiterhin mit voller Leidenschaft, Demut und Dankbarkeit.

Mit Mut und Weitblick, vor allem aber mit unserer unnachahmlichen Geschlossenheit konnten wir gemeinsam wirklich viel erreichen! Der historische Rekord von aktuell 95 BürgermeisterInnen und 1623 GemeindefachwörterInnen sind ein starkes Fundament für unsere Heimat.

Das Miteinander war immer und bleibt jedenfalls weiterhin mein Credo. So haben wir GemeindevertreterInnen in guter Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesregierungen und seit 2019 mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil viele sozialpolitische Meilensteine flächendeckend in unserem Land und in unseren Gemeinden setzen können.

Alles hat seine Zeit. Das sollte aus meiner Sicht eigentlich grundsätzlich für den Spitzensport, wie vor allem auch für die Politik gelten. In diesem Sinn werde ich in Neutal mit Anfang 2027 geordnet die Staffel an meine Vizebürgermeisterin Birgit Grafl weitergeben. Laut unserem Statut des GVV sind dementsprechend spätestens im März 2028 meine Nachfolge und ein neuer Vorstand im GVV zu wählen.

Mit der erforderlichen ruhigen Hand möchte ich jedenfalls die Staffel unseres bisherigen Erfolgslaufes, mit dem Ziel einer geschlossenen und starken Interessensvertretung für unsere Gemeinden, weitergeben. Denn „Starke Gemeinden. Gutes Leben.“ muss aus meiner Sicht auch künftig gelten.

Unsere verfassungsrechtliche Gemeindeautonomie braucht weiterhin eine starke Stimme im Bund und Land. Vor allem in (auch finanziell) schwierigen Zeiten brauchen wir wechselseitige Wertschätzung und Teamgeist, um aktuell gemeinsam auch gegen den Wind erfolgreich segeln zu können. So wird uns gemeinsam auch der Spagat zwischen Sparzwang und Gestaltungskraft im Land und den Gemeinden gelingen. Das wünsche ich jedenfalls euch Gemeindevertreter_innen sowie unseren lebenswerten und liebsten Gemeinden, die in Summe unser wunderschönes Burgenland ergeben. Die gute Zeit fällt nicht vom Himmel. Es liegt viel mehr an uns allen, dies weiter zu ermöglichen! Aber gerade zu Ostern, dem Fest der Hoffnung und Zuversicht, können wir daran festhalten.

Frohe Ostern sowie viel Kraft und Gesundheit wünscht euch

Euer Erich Trummer

Bildungslandesrätin
Mag.^a (FH) Daniela
Winkler und SPÖ
Bildungssprecherin
LAbg. Doris Prohaska
begrüßen die Novelle
des Burgenländischen
Pflichtschulgesetzes



Foto: SPÖ Burgenland

Schulstandorte: Klare Regeln und mehr Planungssicherheit für Gemeinden

Mit der Novelle des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes setzt das Land einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung und Modernisierung des Pflichtschulwesens. Eckpfeiler sind die Wiedereinführung verbindlicher Mindestschülerzahlen als Voraussetzung für den Bestand öffentlicher Pflichtschulen und – eine zentrale Neuerung – die Einführung der befristeten Stilllegung.

„Mit dieser Novelle schaffen wir ein modernes, rechtlich klares und praxistaugliches Regelwerk. Wir sorgen für Klarheit statt Unschärfe, für Planbarkeit statt Unsicherheit und für objektive Entscheidungsgrundlagen statt permanenter Einzelfalldebatten. Das bringt Sicherheit für Gemeinden, für Pädagoginnen und Pädagogen sowie für Eltern.“, betonten Bildungslandesrätin Daniela Winkler und SPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Doris Prohaska unisono. Der GVV Burgenland war in die Verhandlungen eingebunden.

Kernpunkt der Reform ist die Wiedereinführung verbindlicher Mindestschülerzahlen als Voraussetzung für den Bestand öffentlicher Pflichtschulen. Künftig sollen für die nachstehenden Schultypen im Rahmen einer dreijährigen Entwicklungsprognose, Stichtag 15. März, gelten:

- Volksschulen: durchschnittlich 10 Schülerinnen und Schüler pro Schuljahr
- Sonderschulen: durchschnittlich 6 Schülerinnen und Schüler
- Polytechnische Schulen: durchschnittlich 20 Schülerinnen und Schüler
- Für Mittelschulen betrifft die Mindest-

zahl von 48 Schülerinnen und Schüler das laufende Schuljahr.

„Diese Mindestzahlen sind die pädagogische Untergrenze. Unterricht in dauerhaft sehr kleinen Gruppen ist laut Experten weder organisatorisch noch pädagogisch sinnvoll. Gleichzeitig geben wir Gemeinden als Schulerhaltern die notwendige Planungssicherheit“, so Winkler.

Befristete Stilllegung wird eingeführt

Eine zentrale Neuerung ist die Einführung der befristeten Stilllegung. Diese ist auf maximal zwei Jahre befristet und kommt zur Anwendung, wenn Mindestschülerzahlen laut Prognose nur vorübergehend unterschritten werden. Bisher gab es nur Bestand oder endgültige Auflösung. Mit der Stilllegung wird eine sachgerechte Zwischenstufe geschaffen. Das ist gerade für ländliche Regionen mit schwankenden Geburtenjahrgängen ein wichtiges Instrument. Eine Stilllegung ist keine Schließung – die Infrastruktur bleibt erhalten und eine Wiederaufnahme des Schulbetriebs ist ausdrücklich möglich.

Zugleich wird die Auflösung klar geregelt: Eine amtswegige Auflösung durch die Bildungsdirektion erfolgt nur dann, wenn die gesetzlichen Mindestzahlen dauerhaft nicht mehr erreicht werden und keine Stilllegung greift. „Aktuell ist keine burgenländische Schule von einer Schließung bedroht“, stellte Winkler klar.

Unverändert bleiben die besonderen gesetzlichen Regelungen für die kroatische und die ungarische Volksgruppe.

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland
wünscht alles Gute
zum Geburtstag!

BGM.

Vinzenz KNOR

Güssing

70

BGM.

Bruno STUTZENSTEIN

Stoob

60

BGM.

**Alexander Rüdiger
KNAAK**

Forchtenstein

60

VZBGM.

Johannes PFEFFER

Kroisegg

60

VZBGM.

Thomas KÖNIG

Rudersdorf

50

VZBGM.in

Eveline

SCHULLER- FRANK

Klingenbach

50

Zur Sache!

**Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!**



Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

In Österreich stehen die Gemeinden aktuell vor einer Vielzahl tiefgreifender Herausforderungen, die in ihrer Summe nicht nur kurzfristige Engpässe, sondern strukturelle Probleme aufzeigen. Im Zentrum steht die finanzielle Schieflage, die sich in vielen Regionen drastisch verschärft hat. Laut jüngsten Prognosen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) befinden sich weit über 40 % der Gemeinden in einer Lage, in der sie ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen können und sind faktisch auf externe Hilfe angewiesen. Dies bedeutet, dass laufende Investitionen und die Finanzierung grundlegender öffentlicher Leistungen wie Kinderbetreuung, Bildung, Kultur oder mobiler Infrastruktur massiv unter Druck geraten – manche Gemeinden müssen bereits Kürzungen planen, um die laufenden

Aufgaben überhaupt noch erfüllen zu können.

Ein wesentlicher Grund für diese Schieflage ist die Dynamik der Einnahmen und Ausgaben: Die Ausgaben steigen durch zusätzliche kommunale Aufgaben – etwa in der Elementarpädagogik, Ganztagsbetreuung oder im Klimaschutz – schneller als die Einnahmen wachsen. Gleichzeitig werden Gemeinden in allen Bundesländern durch steigende Umlagen an die Länder und sinkende eigene Steueranteile finanziell belastet. In Burgenland ist dieser Wert (Quelle KDZ) österreichweit noch am besten. Ohne strukturelle Reformen könnte die Konsolidierungslücke österreichweit bis 2029 auf mehrere Milliarden Euro anwachsen.

Zudem zeigt sich, dass strukturpolitische Debatten längst begonnen haben: Die Neos fordern im Rahmen der anstehenden Reformpartnerschaften zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Zusammenlegung kleinerer Gemeinden, um Verwaltungskosten zu senken und Effizienzgewinne zu erzielen. Diese Vorschläge werden jedoch im Österreichischen Gemeindebund und auch durch den GVV abgelehnt, wenn es nicht freiwillig geschieht, da viele Bürgerinnen und Bürger den Verlust lokaler Identität und Nähe zur Verwaltung befürchten und die oft beschworenen finanziellen Effekte ausbleiben.

Auch der Finanzausgleich selbst wird immer öfter kritisiert: So argumentieren einzelne politische VertreterInnen, dass die derzeitige Systematik benachteiligte, strukturschwache und schrumpfende Gemeinden noch weiter ins Hintertreffen bringe, da finanzielle Mittel zu stark an die Bevölkerungszahlen gekoppelt sind. Dies vertiefe regionale Ungleichgewichte und erschwere die kommunale Handlungsfähigkeit in ländlichen Regionen.

Parallel zu diesen fiskalischen Herausforderungen wirkt sich der demografische Wandel aus: Viele kleine Gemeinden kämpfen mit Abwanderung, einer alternden Bevölkerung und dem Wegfall lokaler Grundversorgung – etwa durch die Schließung von Lebensmittelläden in ländlichen Gemeinden, was die Lebensqualität weiter beeinträchtigt.

Insgesamt zeigt sich: Die österreichischen Gemeinden stehen durchaus an einem kritischen Punkt. Ohne Reformen im Finanzausgleich, zielgerichtete Entlastung bei den diversen Umlagen und eine modernere Verwaltungsstruktur, laufen viele Gemeinden Gefahr, ihre Funktion als Grundpfeiler der dezentralen Lebensräume nicht mehr dauerhaft erfüllen zu können. Eine breite politische Debatte über neue Finanzierungsmodelle und strukturelle Anpassungen ist daher dringend erforderlich und muss – unter starker Einbindung der GemeindevertreterInnen – geführt werden.

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer



Lenkungsausschusses mit LH Hans Peter Doskozil tagte wieder: der GVV Burgenland war mit dem 2. Geschäftsführer Patrick Hafner vertreten
Foto: LMS

Entbürokratisierung: über einhundert Vorschläge vorgelegt, GVV arbeitet mit

Ende Jänner tagte zum zweiten Mal der Lenkungsausschuss für Deregulierung und Entbürokratisierung. Das Ziel ist klar: **Verwaltungsverfahren sollen beschleunigt werden, Abläufe weiter vereinfacht und das Service für die Burgenländerinnen und Burgenländer spürbar verbessert werden. Der GVV Burgenland ist in diesem Ausschuss vertreten.**

Das Gremium besteht aus Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann-Stv.ⁱⁿ Anja Haider-Wallner, Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung und Verwaltung, der burgenländischen Gemeinden, der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer, der Landwirtschaftskammer sowie der Industriellenvereinigung. Mehr als einhundert Anregungen sind aus den Reihen der Beteiligten eingebracht

worden. Aufbauend darauf wurden kleinere Arbeitsgruppen mit der vertieften Bearbeitung einzelner Vorschläge beauftragt. Die Themen reichen vom möglichen Wegfall der Hundemarke bis zur Vereinfachung bestehender Förderanträge im privaten wie auch im gewerblichen Bereich – mit dem klaren Ziel, die bürokratischen Belastungen zu reduzieren.

In einem nächsten Schritt wurden nun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes und der Landesholding eingeladen, ihre Erfahrungen und Perspektiven aktiv einzubringen, um praxisnahe Optimierungen von Abläufen und Maßnahmen zu erarbeiten. Auch der GVV Burgenland hat viele konkrete Ideen und Vorschläge eingebracht und begrüßt diesen Weg nicht nur, sondern wird weiter konstruktiv mitgestalten.



Anfang März fand in der Gemeinde Sigless ein Kommunalstammtisch des Bezirks Mattersburg statt. Thema waren die Energiegemeinschaften mit Energie Burgenland CEO Stephan Sharma und diverse Themen aus dem GVV Burgenland.

Foto: GVV Burgenland

Lern- und Feriencamps: individuelle Förderung

In den Sommerferien 2021 hat das Land Burgenland die Lern- und Feriencamps ins Leben gerufen und damit einen bildungs- und familienpolitischen Meilenstein gesetzt. Unter dem Motto „fit4future - Mehr als Lernen“ wurden die Kinder vormittags auf den bevorstehenden Schulstart vorbereitet und der Nachmittag stand ganz im Zeichen von Sport, Spaß und Spiel mit unterschiedlichsten Schwerpunkten. Diese Inhalte wurden nun neu konzipiert und der Fokus ist stärker auf die individuelle Persönlichkeitsentwicklung und die Förderung von Talenten gerichtet. Fernab von klassischem Schulalltag und dem Schulstoff von Deutsch und Mathe werden die Kreativität, der Forschergeist und die soziale sowie die sprachliche Kompetenz der Kinder gefördert.

Das Burgenland unterstützt die Kinder dabei mit dem ganztägigen Ferien-, Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder vom verpflichtenden Kindergartenjahr bis zur 8. Schulstufe, das an zwölf Standorten in allen Bezirken des Bundeslandes angeboten werden: Bruckneudorf, Neusiedl am See, Frauenkirchen, Eisenstadt, Siegendorf, Mattersburg, Stoob, Pinkafeld, Oberwart, Stegersbach, Güssing und Jennersdorf.

Anmeldungen sind unter www.feriencamp-burgenland.at möglich. Die vom Land geförderten Kosten für eine Woche Vollverpflegung betragen 129 Euro pro Kind mit Hauptwohnsitz im Burgenland. Organisiert werden die Lern- und Feriencamps von der Gästehäuser & Küchen Burgenland GmbH.



Landesrätin Daniela Winkler, Projektleiter Daniel Karacsonyi und Carina Pinzker (BAFEP Oberwart) Foto: Christoph Novak



Der neu gewählte Vorsitzende des GVV Österreich, Wolfgang Kocevar, mit der Delegation aus dem Burgenland angeführt von GVV Burgenland Präsident Erich Trummer

Kocevar neuer oberster SPÖ-Gemeindevertreter



Auch Vize-Regierungschef und SPÖ-Bundvorsitzender Andreas Babler war Gast bei der Bundeskonferenz

Wolfgang Kocevar, SPÖ-Kommunalsprecher und Bürgermeister von Ebreichsdorf, ist neuer GVV-Vorsitzender. Ende Februar wurde er bei der Bundeskonferenz des Sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbandes (GVV) in St. Valentin mit 97,9 Prozent zum Nachfolger von Andreas Kollross an die Spitze des GVV Österreich gewählt.

Mit Blick auf die nächsten Verhandlungen zum Finanzausgleich hielt der neue GVV-Österreich Vorsitzende fest: „Wir wollen, dass der Anteil für die Kommunen auf 15 Prozent erhöht wird.“ Weiters kündigte Kocevar eine exklusive Umfrage unter Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern durch den GVV Österreich an: „Wir wollen von unseren 450 sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ganz genau wissen, wie sehr sich der finanzielle Druck auf ihre tägliche Arbeit in der Gemeinde auswirkt und zwar an konkreten Projekten, die jetzt nicht umgesetzt werden können.“



Das Valentinum in St. Valentin in Niederösterreich war Schauplatz der Bundeskonferenz
Fotos: GVV Burgenland

An der GVV-Bundeskonferenz nahmen unter anderem SPÖ-Bundsparteivorsitzender, Vizekanzler Andreas Babler, der Vorsitzende der SPÖ-Fraktion im Österreichischen Gemeindebund, Erich Trummer, und für NÖ, der Vorsitzende der SPÖ Niederösterreich, LR Sven Hergovich teil. Im GVV Österreich sind alle sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbände Österreichs vertreten. Für den GVV Burgenland in den Gremien: GVV-Präsident Erich Trummer und seine beiden Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Ulrike Kitzinger.



Volles Haus: Der Festsaal im Valentinum war bis auf den letzten Platz besetzt, unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern war auch GVV-Präsident Erich Trummer



Erich Trummer mit dem neuen GVV-Vorsitzenden Wolfgang Kocevar



Andreas Kollross gratulierte seinem Nachfolger, Wolfgang Kocevar, zu dessen Wahl und wünschte ihm viel Erfolg für seine künftigen Aufgaben



Burgenland Energie

BESSERE ENERGIE

Energieunabhängig und nachhaltig mit den Photovoltaikanlagen SonnenMax und SonnenMarie.





burgenlandenergie.at/sonnenmax-marie

Österr. Gemeindetag 2026 in Salzburg

Der Österreichische Gemeindebund und der Salzburger Gemeindeverband laden von 1. bis 2. Oktober 2026 nach Salzburg zum 72ten Österreichischen Gemeindetag ein.

„Gemeinden stärken. Lebensräume sichern. Zukunft gestalten“ lautet das Motto der diesjährigen Tagung, bei der sich wieder Gemeindevertreterinnen und -vertreter aus ganz Österreich treffen. Auch dieses Mal wird es wieder die „Platzl-Gespräche“ als Ort der Begegnung mit Politikerinnen bzw. Politikern und Fachleuten geben.

Auf der Kommunalmesse werden die neuesten Entwicklungen rund um Mobilität, erneuerbare Technologien, Digitalisierung, kommunale Infrastruktur und öffentliche Verwaltung präsentiert und diskutiert.

Alle aktuellen Informationen rund um das größte kommunalpolitische Ereignis des Jahres sowie zur Anmeldung und Hotels finden sie unter <https://gemeindebund.at/gemeindetag/>.

Landeskonferenz des GVV Steiermark – Künstliche Intelligenz im Mittelpunkt



Von links: Gemeindebund-Vizepräsident Erich Trummer, Steiermarks GVV Vorsitzender Bgm Mario Abl, GVV Österreich Geschäftsführer Martin Giefing, Bgm. Bernd Ospiran, Stellvertretender Vorsitzender GVV Steiermark, und Salzburgs GVV-Vorsitzender Hansjörg Obinger
Foto: Erich Trummer

Anfang Februar fand in Leoben die Landeskonferenz des GVV Steiermark statt. Schwerpunkt war der Einsatz der KI im Kommunalen Bereich.

Im Amt bestätigt wurde auch Steiermarks GVV-Vorsitzender, Bürgermeister Mario Abl aus Trofaiach, der mit 100 Prozent wiedergewählt wurde. Ebenfalls bestätigt

wurden seine Stellvertreterin Elke Florian, Bürgermeisterin aus Judenburg, und sein Stellvertreter Bernd Ospiran, Bürgermeister aus Voitsberg. Mit dabei waren auch Gemeindebund-Vizepräsident Erich Trummer, die GVV-Vorsitzenden aus Salzburg und Niederösterreich, Hansjörg Obinger und Andreas Kollross, sowie GVV Österreich Geschäftsführer Martin Giefing.



72.
Österreichischer Gemeindetag

1.-2.10.2026 | Salzburg



© SalzburgLand Tourismus / Markus Berger



Gemeinden stärken. Lebensräume sichern. Zukunft gestalten.



Von links: SPÖ-Landesgeschäftsführer Kevin Friedl, Ortsparteivorsitzender-Stv.ⁱⁿ Julia Plachy, Spitzenkandidat Stefan Wallentich, GVV-Landesgeschäftsführer Herbert Marhold, SPÖ-Landesgeschäftsführer Friedrich Radlspäck, Bezirksparteivorsitzender LAbg. BGM Kilian Brandstätter
Foto: SPÖ Burgenland

Wallentich SPÖ Spitzenkandidat bei der BGM- und GR-Wahl 2027 in Parndorf

Die sechstgrößte Gemeinde im Burgenland soll wieder einen SPÖ Bürgermeister bekommen. Anfang Februar wurde Stefan Wallentich einstimmig zum neuen Spitzenkandidaten für Parndorf für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2027 gewählt.

Mit Stefan Wallentich übernimmt ein junger, kompetenter Gemeindepolitiker das Ruder bei der SPÖ in Parndorf in einer der wichtigsten Wirtschaftsgemeinden des Burgenlandes. Der 31-jährige ist kein Unbekannter in seiner Heimatgemeinde. Er ist Gemeinderat, leitet seit knapp vier Jahren als Kommandant die Geschicke der Freiwilligen Feuerwehr in Parndorf und ist bei vielen Vereinen im Ort aktiv. Wallentich will

vor allem die Parndorferinnen und Parndorfer mitentscheiden lassen: „Ich will volle Transparenz für die Bevölkerung. Große Projekte werden öffentlich gemacht, Bürgerversammlungen einberufen, wo sich jede und jeder ein Bild machen und entscheiden kann“, so der neue Spitzenkandidat der SPÖ.

Der neue Spitzenkandidat will auch weitere wichtige Themen für Parndorf angehen, wie Leistbares Wohnen, Ausbau der Bildungseinrichtungen und neue Veranstaltungen für die Gemeinde. Neu für die SPÖ-Parndorf ist nicht nur Stefan Wallentich, sondern auch größtenteils sein Team, das sich aus bestehenden Kräften und Neueinsteigern zusammensetzt.

GVV gratuliert neuem Gemeindebund-Chef

Anfang März wurde in Raasdorf der Halbturner ÖVP-Bürgermeister Markus Ulram zum neuen Präsidenten des Burgenländischen Gemeindebund gewählt. GVV Burgenland Präsident Erich Trummer gratulierte dem neuen Gemeindebund-Präsidenten Ulram und bedankte sich beim scheidenden Präsidenten Leo Radakovits, der sein Amt nach über 20 Jahren zur Verfügung stellte. Trummer: „Ich möchte Leo Radakovits für die gute und wertschätzende Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken. Wir haben gemeinsam auch 2 Österreichische Gemeindetage sehr erfolgreich organisiert und durchgeführt. Auch im Österreichischen Gemeindebund haben wir immer gemeinsam für die Interessen der burgenländischen Kommunen gekämpft. Markus Ulram möchte ich zu seiner Wahl gratulieren. Ich werde auch umgehend das Gespräch mit ihm suchen, um wichtige Herausforderungen, vor allem im Bereich Finanzen, gemeinsam zu besprechen.“

Bürgermeisterinnen-Treffen 2026

Von 12. bis 14. Juli 2026 findet in Wolfurt bzw. Rankweil, Vorarlberg, das Treffen der Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen statt. Alle Hotelinfos sind ab sofort unter <https://buergmeisterinnen.eu/> abrufbar. Das Treffen dient dem Austausch und der Vernetzung unter Kommunalpolitikerinnen. Die Anmeldung ist bereits möglich.

Mit dem Neujahrstreffen im Januar 2026 im Burgenland hat die Gewerkschaft BAU-HOLZ (GBH) die letzte Station ihrer bundesweiten Neujahrstour 2026 absolviert und gleichzeitig den unmittelbaren Startschuss für die nächsten konkreten Schritte rund um die Kampagne ROT-WEISS-ROT BAUEN gegeben. Im Burgenland wurde noch einmal deutlich, worum es der GBH geht: öffentliche Aufträge müssen dort ankommen, wo sie Arbeitsplätze sichern, Ausbildung stärken und regionale Wertschöpfung schaffen. Für die GVV Burgenland mit dabei war GVV-Präsident Erich Trummer. Foto: GVV Burgenland



Betrug: Warnung vor gefälschten E-Mails an Gemeinden

Aktuell sind wieder vermehrt gefälschte E-Mails im Umlauf, in denen Empfänger zu dringenden Überweisungen aufgefordert werden. Diese Nachrichten wirken oft täuschend echt und die betreffenden Absender geben sich beispielsweise als Vorgesetzte, Geschäftspartner oder bekannte Unternehmen aus, die mit der Gemeinde in Kontakt stehen.

Bitte beachten Sie daher folgende Hinweise:

- Prüfen Sie den Absender der E-Mail sorgfältig (oft verraten sich die Absender durch kleine Fehler im Mail und vor allem gilt es, die Absende-Mailadresse genau zu lesen!)
- Seien Sie besonders vorsichtig bei unerwarteten oder dringenden Zahlungsaufforderungen (wir empfehlen immer den Absender direkt anzurufen und bei Verdacht nachzufragen)
- Öffnen Sie keinesfalls verdächtigen Anhänge oder Links
- Führen Sie Überweisungen nur nach nochmaliger Rücksprache (Anruf, kein Mail) durch

Sollten Sie eine solche E-Mail erhalten, melden Sie diese bitte umgehend an ihre zuständige IT-Abteilung bzw. an die verantwortliche Stelle in Ihrer Gemeinde bzw. in weiterer Folge an die Polizei

Sollte es sich um einen Anruf handeln – Vorsicht durch KI wirken auch diese Anrufe oft täuschend echt und werden immer besser – vereinbaren sie in einem Teamgespräch (BürgermeisterIn mit AmtsleiterIn oder MitarbeiterInnen) ein Codewort, dass nur die Beteiligten kennen und das telefonisch dann abgefragt werden kann!

Durch Aufmerksamkeit und eine kurze Überprüfung lassen sich viele Betrugsversuche frühzeitig erkennen und Schäden können minimiert oder ganz vermieden werden.



Der GVV NÖ lud zum Neujahrsempfang nach St. Pölten ein

Foto: GVV Burgenland

Angespannte finanzielle Situation der Gemeinden im Fokus

Der traditionelle Neujahrsempfang des GVV NÖ fand heuer Mitte Jänner im ArbeitnehmerInnenzentrum der AKNÖ in St. Pölten statt. Rund 500 MandatarInnen folgten am Abend der Einladung.

Der Empfang stand unter dem Motto „Für Dich. Für Deinen Ort“. Aber auch die dramatische finanzielle Situation der Kommunen fand deutlich ihren Niederschlag. Unter den Gästen waren neben Bundesminister für Finanzen, Markus Marterbauer, Staatssekretärin Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Bundesparteigeschäftsführer Klaus Seltenheim auch GVV-Burgenland Präsident Erich Trummer und Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold.

Mir sind die Gemeindefinanzen ein großes

Anliegen, weil in den Kommunen unmittelbare Leistungen für Bürgerinnen und Bürger erbracht werden. Der Bund unterstützt zwar mit 880 Millionen Euro die Gemeindefinanzierungen. Aber wir haben im Bund kein Füllhorn, das wir über den Gemeinden und Städten ausschütten können. Daher sind einerseits Kooperationen zwischen den Gemeinden wichtig. Andererseits bin ich dafür, dass die Gemeinden die eigenen Einnahmen erhöhen können.

Mein Vorschlag war, dass die Bundesländer über die Grundsteuer entscheiden können. Leider ist das an den ÖVP-Landeshauptleuten gescheitert. Ich verstehe nach wie vor nicht, warum und werde mich weiterhin für Änderungen bei der Grundsteuer einsetzen“, so Marterbauer bei seiner Rede.



Der Bezirksvorstand des Bezirks Eisenstadt-Umgebung lud zur Sitzung nach Neufeld ein. Themen waren neben Social Media auch Gemeinde Finanzen und die kommende Bürgermeister- und Gemeinderatswahl.

Foto: GVV Burgenland



Das Burgenland war beim SPÖ Bundesparteitag in der Messe Wien mit einer starken Delegation vertreten

Foto: GVV Burgenland

Bundesparteitag: Fürst im Bundesparteipräsidium

Unter dem Motto „Ordnen statt Spalten“ fand Anfang März in der Messe Wien der 47. Ordentliche Bundesparteitag der SPÖ statt. Andreas Babler wurde am Samstagabend mit 81,5 Prozent der Delegiertenstimmen als Bundesparteiobmann wiedergewählt. Ein wichtiger Tag war es auch für den burgenländischen SPÖ-Klubobmann Roland Fürst. Er wurde in der Messe Wien mit 94,3 Prozent in das Bundesparteipräsidium, das strategische Spitzengremium der österreichischen Sozialdemokratie, gewählt und übernimmt damit die Stelle der ausgeschiedenen Verena Dunst.

Landesparteiobmann Hans Peter Doskozil hält Fürst für den richtigen Mann, um die Politik der SPÖ Burgenland „klar und unmissverständlich“ in der Bundespartei zu vertreten. Für Verena Dunst war es hingegen der letzte Bundesparteitag in ihrer Rolle als Bundesparteiobmann. Dunst war seit 2006 Mitglied des Bundesparteiobmannrates, ab 2010 Mitglied des SPÖ-Bundesparteipräsidiums und seit 2023 stellvertretende Bundesparteiobmannin.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Klaus Seltenheim hat den Bundesparteitag eröffnet und begrüßte die mehr als 1.700 Delegierten und Gäste.



SPÖ-Landesgeschäftsführer Friedrich Radlspäck gratuliert SPÖ-Klubobmann Roland Fürst zur Wahl ins Bundespräsidium.

Foto: SPÖ Burgenland



GVV Präsident Erich Trummer, LAbg. Bgm.ⁱⁿ Rita Stenger und Salzburgs Bgm. Bernhard Auinger

Foto: GVV Burgenland



LAbg. Christian Drobits, Vizebgm. Tanja Illedits, Bundesrat Mario Trinkl und LAbg. Doris Prohaska (1. Reihe von links)



Beim GVV Neujahrestreffen in Martinihof in Neudörfel: GVV Burgenland Präsidiumsmitglied Bgm. Michael Lampel, Landtagspräsidentin Astrid Eisenkopf, GVV Burgenland Vizepräsidentin Bgm.ⁱⁿ Ulrike Kitzinger, GVV Burgenland Präsident Bgm. Erich Trummer, GVV Burgenland Präsidiumsmitglied Bgm.ⁱⁿ Andrea Reichl, Landesrat Leonhard Schneemann, Landesrätin Daniela Winkler, GVV Burgenland Präsidiumsmitglied Bgm. Wolfgang Sodl und GVV Burgenland Vizepräsident LABg. Bgm. Gerhard Bachmann Foto: GVV Burgenland

GVV Burgenland lud ein zum neuen Jahr: „Herausforderungen begegnen. Chancen nutzen“

Zu einem Neujahrestreffen lud der GVV Burgenland seine kommunalen Funktionäre und Funktionärinnen Ende Jänner nach Neudörfel im Nordburgenland. Etwa 120 Personen folgten dem Ruf des Verbandes in den Martinihof. Das Neujahrestreffen des GVV Burgenland ist ein neues Format, dass in dieser Form 2026 zum ersten Mal stattfand und nach Möglichkeit weitergeführt werden soll.

GVV-Präsident Erich Trummer verwies in seinem Begrüßungs-Statement auf eine

ganz neue Studie des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) die einmal mehr die Schiefelage bei den Finanzen darlegte. Zum einen die stark steigenden Kosten für die Gemeinden, vor allem im Bereich Soziales, Gesundheit, Energie sowie der allgemeinen Teuerung, gepaart mit sinkenden oder bestenfalls stagnierenden Einnahmen. „Wir verfolgen als Interessensvertreter eine 3-fach Strategie: Einerseits mehr Einnahmen bundeseitig durch eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden am FAG-Kuchen auf 15 Prozent statt knapp 12 Prozent sowie endlich

die Reform der Grundsteuer, die eine eigene Einnahmequelle der Städte und Gemeinden ist. Andererseits sollen im Land selbst durch Deregulierung und Entbürokratisierung sowie weiterer Maßnahmen die Kosten der Umlagezahlungen gedämpft werden. Und drittens setzen wir – gemäß dem Motto des Neujahrestreffens – auf eine aktive Unterstützung der Gemeinden, um in in finanziell schwierigen Zeiten mit kreativen Lösungen und Kooperationen politisch die bestmöglichen Ergebnisse für die Bevölkerung zu finden“, so Trummer.

Christa Krammer mit Victor-Adler-Plakette ausgezeichnet:

Die ehemalige Bundesministerin Christa Krammer wurde von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit der Victor-Adler-Plakette ausgezeichnet. Die Victor-Adler-Plakette ist der höchsten Auszeichnung der SPÖ für besondere Verdienste um die österreichische Arbeiterbewegung. Krammer war von 1987 bis 1994 Mitglied der Burgenländischen Landesregierung als Landesrätin für die Bereiche Kultur, Gesundheit und Soziales. Von 1994 bis 1997 war sie Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz, von 1997 bis 1998 Abgeordnete zum Nationalrat. Von 1999 bis 2001 war sie als Volksanwältin tätig.

Foto: LMS



SWV-Neujahrsempfang mit hochkarätigen Gästen

Auch heuer wieder fand der traditionelle Neujahrsempfang des SWV Burgenland auf der Burg Schlaining statt und versammelte zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der burgenländischen Spitzenpolitik sowie rund 200 geladene Gäste.

SWV-Burgenland-Präsident Michael Leitgeb begrüßte die Anwesenden herzlich und eröffnete den Abend. Es folgte ein äußerst mitreißendes Impulsreferat von Bernd Hinteregger, Präsident des SWV Österreich. Ein besonderes Highlight der Veranstaltung war die Podiumsdiskussion mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landesrat Leonhard Schneemann sowie den beiden SWV-Präsidenten.



ARBÖ Burgenland Geschäftsführer Martin Heissenberger mit Gerald Goger, Geschäftsführer Landesholding Burgenland, GVV Präsident Bgm. Erich Trummer, Bürgermeister Christian Pinzker (Unterkohlstätten), Bürgermeister Markus Szelingner und Neufelds Bürgermeister Michael Lampel
Foto: GVV Burgenland



Von links: Klubobmann Roland Fürst, SWV Burgenland Präsident Michael Leitgeb, Landesrat Leonhard Schneemann, SWV Österreich Vizepräsidentin Carina Schmiedseder, SWV Österreich Präsident Bernd Hinteregger, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landesrätin Daniela Winkler und Landesrat Heinrich Dorner
Foto: GVV Burgenland

Im JUFA Neutal fand Ende Februar eine spannende Schulung zur Sicherheit am Schulweg und zur Mobilität von Kindern statt. Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter diskutierten gemeinsam mit Expertinnen und Experten, darunter Christine Zopfrenner, Leiterin der Mobilitätszentrale Burgenland, konkrete Maßnahmen von Schulstraßen über Temporeduktion bis hin zu sicheren Hol- und Bringzonen. Das Ziel: Mehr Sicherheit für unsere Kinder und praxistaugliche Lösungen für unsere Gemeinden.

Foto: GVV Burgenland





Im Sommer werden die modernen Container abgegeben, Interessierte können sich im Gemein-
deamt Deutsch Jahrndorf melden. Foto: Gemeinde Deutsch Jahrndorf

Deutsch Jahrndorf gibt fünf moderne Container für Kinderbetreuung ab

Die Gemeinde Deutsch Jahrndorf gibt ab Sommer fünf moderne Container für die Kinderbetreuung ab. Die Einheiten sind mit Fußbodenheizung, Klimaanlage sowie WC- und Küchenbereich ausgestattet und eignen sich ideal als Kindergarten- oder Krippenplätze.

Land genehmigt und können als temporäre Lösung für drei bis vier Jahre eingesetzt werden. Sie bieten Gemeinden mit kurzfristigem Platzbedarf eine rasche und kostengünstige Alternative zu einem Neubau.

Interessierte Gemeinden können sich direkt an die Gemeinde Deutsch Jahrndorf wenden.

Die Container sind grundsätzlich vom

GVV Österreich Bundesvorstandssitzung. Zu einer regulären Vorstandssitzung kam die Spitze des GVV Österreich Ende Jänner in St. Pölten zusammen. Themen waren natürlich wieder die Finanzen, aber auch organisatorische Belange. Präsentiert wurde auch eine Studie des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) über ausgewählte Abtauschmöglichkeiten im Finanzausgleich. Mitglieder im Bundesvorstand des GVV Österreich sind GVV-Präsident Erich Trummer, die beiden GVV-Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Uli Kitzinger sowie kooptiert, GVV-Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold.

Im Bild: GB-Ktn. Präsident Günter Vallant, GVV NÖ Vorsitzender Andreas Kollross, GVV B Präsident Erich Trummer

Foto: GVV Burgenland



Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum

Ende Dezember präsentierte die Kommission ihren Plan für erschwinglichen Wohnraum. Wohnungspolitik ist genauso wenig EU-Kompetenz wie Raumplanung, daher enthält der Plan viel zur Vereinfachung, Finanzierung und Regulierung im Binnenmarkt sowie zahlreiche Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

Die Wohnraumkrise und die damit verbundenen politischen Umbrüche haben auch in der Kommission ein Umdenken bewirkt. Der marktwirtschaftliche Ansatz mit strengen Ausnahmen für den sozialen Wohnbau, wo sogar das Wiener Modell des sozial durchmischten Gemeindebaus unter Kritik stand, ist passé. Die Kommission anerkennt, dass Einheimische in Städten und Tourismusgebieten gravierende Probleme haben können, Studenten und junge Erwachsene in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und Wohnraum zum Spekulationsobjekt geworden ist.

Die Antworten fallen vielfältig aus. Ne-

ben dem Plan, eine bessere Datenbasis zu schaffen, will die Kommission Kurzzeitvermietungen stärker regulieren, EU-Recht mit Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt deregulieren und durch ein geändertes Beihilfenregime und neue Prioritäten im Finanzrahmen mehr Geld aufstellen.

10 Mrd. Euro Förderungen sollen für die Schaffung von Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, der Finanzrahmen 2028-2034 soll Wohnen eine zentrale Rolle einräumen. Außerdem können die Mitgliedstaaten Regionalpolitikgelder bei Bedarf umprogrammieren. Ob dadurch die Zielmarke von 650.000 zusätzlichen neuen Wohneinheiten pro Jahr erreicht werden kann, wird die Zukunft weisen. Ob es überall großes Potenzial bei der Verkürzung von Genehmigungsverfahren und der Vereinfachung von Raumplanung und Baunormen gibt, sollte zumindest hinterfragt werden. Hier sollen best-practices gebündelt und Empfehlungen an die Mitgliedstaaten verfasst werden.

Einheimischentarife – Ausschusses der Regionen dafür

Der Ausschuss der Regionen verabschiedete auf seiner letzten Plenartagung 2025 eine Stellungnahme zur Nachhaltigkeit des Tourismus. Gemeinbund Österreich Präsidiumsmitglied Carmen Kiefer hatte sich bereits im Rahmen der Vorbereitungen für die Anerkennung von Einheimischentarifen eingesetzt, diese Forderung wurde auch vom Plenum bestätigt.

Tourismus hat in Europa viele Facetten und trägt zu Wirtschaftswachstum, positiven Dienstleistungsbilanzen und zur Regionalentwicklung bei. Mancherorts zeigen sich aber auch negative Auswirkungen. Wohnraum wird verknappt, Ressourcen überbeansprucht und Einheimische aufgrund steigender Preise von Dienstleistungen de facto ausgeschlossen.

Daher fordern die im AdR versammelten

Regional- und Lokalpolitiker ein Umdenken in bestimmten Bereichen, etwa bei der statistischen Erfassung und Bewertung von Tourismus. Neben nackten Wirtschaftsdaten sollten auch Aufnahmefähigkeit, Nachhaltigkeit und Resilienz bewertet werden. Der AdR unterstützt dynamische Preismodelle für stark nachgefragte Dienstleistungen und zweckgebundene Tourismusabgaben zur Finanzierung von Infrastruktur, Dienstleistungen und Nachhaltigkeit. Er hält auch Einheimischentarife für legitim, wenn der Tourismus die Preise für bestimmte Dienstleistungen in die Höhe treibt und eine Entfremdung der Wohnsitzbevölkerung droht.

Die Empfehlung des AdR entfaltet keine Rechtswirkung, sie ist aber ein politisches Instrument für weitere Gespräche mit dem EU-Gesetzgeber.



Zwei Förderaufrufe für Gemeindepartnerschaften und Netzwerke

2026 gibt es noch zwei Förderaufrufe für Gemeindepartnerschaften und Gemeinnetzwerke. Der Netzwerkcall ging schon am 17. Dezember 2025 online, Bewerbungen sind bis 16. April möglich.

Für die klassische Gemeindepartnerschaft ist Mitte Februar mit der Veröffentlichung zu rechnen. Antragstellung voraussichtlich bis September.

Da die Zukunft des EU-Gemeindepartnerschaftsprogramms im Finanzrahmen ab 2028 ungewiss ist, sollten interessierte Gemeinden noch in diesem Jahr ihre Chance auf eine Förderung nutzen. Für Partnerschaftsnetzwerke ist der Call bereits zugänglich, hierfür müssen sich mindestens vier Gemeinden aus unterschiedlichen Ländern zusammenschließen und gemeinsam ein Programm entwickeln. Wie immer bringen die Beteiligung der jüngeren Generation und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis der TeilnehmerInnen Zusatzpunkte. Das gilt auch für Gemeindepartnerschaften, wo mindestens zwei Gemeinden aus unterschiedlichen Ländern kooperieren müssen.

DNA: Schluss mit Kupfer?

Der im Jänner vorgeschlagene Digital Networks Act (DNA) soll die digitale Infrastruktur Europas auf neue Beine stellen. Die Kommission will ein phase-out von Kupfer, jedoch keine Netzwerkgebühren für digitale Plattformen.



Erdreich-Preis 2026 – OSG für das Projekt „Erbse“ in Bruckneudorf ausgezeichnet: Ende Jänner vergab das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft den ERDREICH-Preis 2026. Es ist dies ein Preis für nachhaltige Boden- und Flächennutzung. Mit dem ERDREICH-Preis werden jedes Jahr jene Initiativen ins Rampenlicht gerückt, die zeigen, wie gelebter Bodenschutz, die Verbesserung der Bodenqualität und die Reduktion des Bodenverbrauchs in der Praxis erfolgreich umgesetzt werden. Ausgezeichnet wurde dabei auch die burgenländische Oberwarter Siedlungsgenossenschaft (OSG). Den Preis entgegen nahm deren Obmann, Dr. Alfred Kollar, für das Projekt „Erbse“ in Bruckneudorf. Unter den Gratulanten auch Burgenlands LHStv. Anja Haider-Wallner (G) und GVV-Präsident Erich Trummer, der in seiner Funktion als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, Präsident Johannes Pressl bei dieser Veranstaltung vertrat.

Foto: @BMLUK-Hemerka



Rudersdorf: Vizebgm. König lud zum 50er

Rudersdorfs Vizebürgermeister Thomas König lud Ende Februar Freundinnen, Freunde und Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter ein, um gemeinsam seinen 50. Geburtstag zu feiern.

Der GVV Burgenland gratuliert von Herzen und dankt für seine Verlässlichkeit, seine Loyalität und seinen unermüdlichen Einsatz für die Kommunalpolitik, die er mit Überzeugung lebt.

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M